

Beiträge zur Verbraucherforschung
Band 2

Christian Bala und Klaus Müller (Hrsg.)



Der verletzliche Verbraucher

Die sozialpolitische Dimension
der Verbraucherpolitik

Beiträge zur Verbraucherforschung

herausgegeben von

Dr. Christian Bala

für das Kompetenzzentrum Verbraucherforschung NRW (KVF NRW) und

Klaus Müller

für die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e. V.

ISSN 2197-943X

Band 2

Das KVF NRW ist ein Kooperationsprojekt der Verbraucherzentrale NRW e. V. mit dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) und dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung (MIWF) des Landes Nordrhein-Westfalen.

Das 2011 gegründete KVF NRW hat die Aufgabe, die Verbraucherforschung zu unterstützen, um so eine Wissensbasis als Grundlage für effizientes verbraucher- und wirtschaftspolitisches Handeln zu schaffen. Mit den „Beiträgen zur Verbraucherforschung“ dokumentiert das KVF NRW seine Workshops, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen die Gelegenheit bieten, sich interdisziplinär über verbraucherrelevante Fragen auszutauschen. Diese halbjährlichen Tagungen sollen die Diskussion zwischen Wissenschaft, Politik und Verbraucherorganisationen anregen.

Die in diesem Band versammelten Beiträge geben die Meinung und die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Autorinnen und Autoren wieder und müssen nicht mit den Meinungen und Positionen des KVF NRW, der Verbraucherzentrale NRW e. V., des MKULNV und des MIWF übereinstimmen.



Christian Bala und Klaus Müller (Hrsg.)

Der verletzte Verbraucher

Die sozialpolitische Dimension
der Verbraucherpolitik

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

1. Auflage, 2014

© Verbraucherzentrale NRW, Düsseldorf

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung der Verbraucherzentrale NRW. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Buch darf ohne Genehmigung der Verbraucherzentrale NRW auch nicht mit (Werbe-)Aufklebern o. Ä. versehen werden. Die Verwendung des Buches durch Dritte darf nicht zu absatzfördernden Zwecken geschehen oder den Eindruck einer Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale NRW erwecken.

ISSN 2197-943X

ISBN 978-3-86336-902-6

ISBN E-Book (PDF) 978-3-86336-904-0

Printed in Germany

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier.

Inhalt

- 7 **Einleitung: Der verletzte Verbraucher**
Christian Bala und Klaus Müller

- 17 **Verletzte Verbraucher oder Haushalte?**
Michael-Burkhard Piorkowsky

- 37 **Formen der Patientenbeteiligung**
Remi Maier-Rigaud

- 61 **Young Professionals in der Finanzberatung**
Julius Reiter, Eric Frère, Alexander Zureck und Tino Bensch

- 85 **Energiearmut: Wer sind die verletzlichen Verbraucher
und wie viele gibt es?**
Frank Luschei

- 99 **Suffizienz als Anknüpfungspunkt für ein nachhaltiges Handeln
des verletzlichen Verbrauchers**
Melanie Lukas, Christa Liedtke, Carolin Baedeker und
Maria-Jolanta Welfens

- 123 **Der verletzte Verbraucher im E-Commerce**
Bastian Dinter, Lothar Funk und Sven Pagel

- 147 **Zusammenfassende Thesen**
Kompetenzzentrum Verbraucherforschung NRW

- 156 **Autorenverzeichnis**
- 158 **Impressum**

Energiearmut: Wer sind die verletzlischen Verbraucher und wie viele gibt es?

Frank Luschei

Abstract

Energiearmut liegt dann vor, wenn mehr als 10 Prozent des Einkommens für Strom und Raumwärme ausgegeben werden muss und die Haushalte nicht mehr in der Lage sind, die Kosten für eine ausreichende Versorgung zu tragen. Die Schwächen der 10-Prozent-Definition sorgen u. A. dafür, dass die Zahl der Energiearmen nicht eindeutig feststellbar ist und sie daher nicht gezielt unterstützt werden können. Besonders betroffen sind einkommensarme Haushalte, die knapp oberhalb der Sozialleistungsgrenzen verdienen und deshalb als ebenfalls „verletzliche Verbraucher“ von den Sozialleistungssystemen weitgehend abgeschottet sind.

Neben baulichen Aspekten gibt es viele Faktoren, die einen Einfluss darauf haben, ob Energiearmut entsteht, so vor allem Anzahl und Alter der klassischen Strom-Großverbraucher in den Haushalten. In wieweit das individuelle Energiesparverhalten und die Nutzung von Informationsquellen eine Entlastungsfunktion einnehmen, ist weitgehend nur aus Modellprojekten bekannt. Das Wissen um die Anzahl der energiearmen Haushalte ist lückenhaft. Bundesweit lagen 2011 schätzungsweise 312.000 Stromsperrungen sowie gut 6 Millionen Mahnverfahren wegen Zahlungsrückstände vor.

Dieser Beitrag stellt die bislang am meisten durchgeführten und am besten untersuchten Interventionsmaßnahmen zur Verringerung der Energiearmut vor. Jedoch fehlt es hier an vollständigen empirischen Daten, um diese genauer bestimmen zu können. Damit ist immer noch unklar, an welchen Stell-schrauben am effektivsten entgegenreguliert werden kann, um Energiearmut zu bekämpfen.

1 Die europäische Energie-Armut-Debatte

Im europäischen Kontext beginnt die Energie-Armut-Debatte in England in den 1980er Jahren. Dort häuften sich die Fälle, in denen Menschen während Kälteperioden in ihren Wohnungen erfroren, weil sie offensichtlich nicht in der Lage waren, für eine ausreichende Beheizung ihrer Häuser zu sorgen. Hier rückte schnell der Aspekt der individuellen Armut in den Fokus: Energie ist zwar grundsätzlich vorhanden, jedoch sind Menschen aufgrund ihrer individueller Armutslagen nicht imstande, sich diese Energie leisten zu können.

Bei der Erforschung dieser Form der Energiearmut rückte daher das individuelle Einkommen in den Vordergrund und die Festlegung, dass Energiearmut dann vorliegt, wenn die Energieausgaben mehr als 10 Prozent des Einkommens ausmachen. Insofern ist diese Definition von Energiearmut sehr stark an das Konzept der Einkommensarmut gekoppelt.

Die aktuelle Energie-Armut-Debatte in der Bundesrepublik fokussiert in erster Linie auf die Energiekosten, die durch den Stromverbrauch verursacht werden. Dies kann daran liegen, dass die Stromkosten in erheblichem Ausmaß durch politische Entscheidungen (Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG) beeinflusst werden. Die Energiekosten durch andere Energieträger, die zum Beispiel im Zusammengang mit der Erzeugung von Raumwärme notwendig sind, treten in der aktuellen politischen Diskussion etwas in den Hintergrund. Dies ist deshalb erstaunlich, weil die Einsparmöglichkeiten durch Verhaltensänderungen bei den Verbrauchern im Bereich der Raumwärme auch ohne Zusatzinvestitionen wesentlich größer sind als dies bei den Stromkosten der Fall sein dürfte.

2 Definitionen

Die Schwächen der einfachen und statischen 10-Prozent-Definition werden dann deutlich, wenn man beispielsweise Menschen und Haushalte betrachtet, denen ein hohes Einkommen zur Verfügung steht und die aufgrund besonderer Lebensumstände oder Lebensstandards hohe Energieausgaben haben:

- Der einkommensstarke Haushalt mit einem eigenen Schwimmbad gilt demnach als energiearm, obwohl es mit einfachen Mitteln möglich wäre, diese Energiekosten zu senken ohne auf entscheidende Aspekte der Lebensqualität zu verzichten. Darüber hinaus bleiben selbst bei hohen Energiekosten immer noch genügend Finanzmittel „übrig“, um einen angemessenen Lebensstandard zu sichern.
- Auf der anderen Seite sind einkommensarme Haushalte gleich doppelt von Energiekosten und deren Verteuerung betroffen: Einerseits geben sie ohnehin schon einen wesentlich größeren Anteil ihres Einkommens für Energiekosten aus, sodass sich Erhöhungen quasi doppelt auf die Lebensführung auswirken. Andererseits haben einkommensarme Haushalte nur geringe Möglichkeiten, ihre Energiekosten ohne zusätzliche Investitionen zu beeinflussen.

Erstes Beispiel: Von Armut betroffene Menschen bzw. Haushalte leben häufig in älteren und schlecht gedämmten Mietwohnungen, in denen sich die Investitionen in Wärmedämmung für die Hausbesitzer kaum rechnet.

Zweites Beispiel: Arme Haushalte verfügen in der Regel nicht über die finanziellen Rücklagen, mit denen sich energiesparende Haushaltsgeräte anschaffen ließen.

Anhand dieser Beispiele ließe sich argumentieren, dass Energiepreissteigerungen kaum Auswirkungen auf arme Haushalte hätten, da die jeweiligen Grundsicherungsträger die Kosten übernehmen. Da dies jedoch nicht in jedem Fall und vor allem nicht in vollständiger Höhe zutrifft, wird deutlich, warum Energiepreise und möglicherweise hieraus entstandene Schuldenproblematiken

nicht nur ein Problem zu geringer Einkommen ist, das sich durch eine einfache Anhebung der Grundsicherungsgrenzen lösen ließe.

Die zuvor genannten Beispiele treffen in ähnlicher Weise auch auf solche Haushalte zu, die ein Einkommen knapp oberhalb der Grundsicherungsgrenzen haben und deshalb von staatlichen Hilfen abgeschnitten sind. Solche von Armut bedrohten Haushalte leben ebenfalls häufig in schlecht gedämmten Wohnungen und verfügen nur gelegentlich über Rücklagen zur Anschaffung energiesparender Geräte. Hier wirken sich Energiepreissteigerungen vollständig und direkt auf die Bewohner aus.

Wenn nun durch steigende Energiekosten und über längere Zeiträume weniger stark steigende Einkommen die Zahl der Menschen in genau diesem Grenzbereich immer größer wird, dann wird auch die sozialpolitische Dimension der Problematik von Energiearmut immer größer, nämlich die der Chancengerechtigkeit. Dies umso mehr, wenn etwa Strompreissteigerungen scheinbar staatlich verursacht werden, wie dies aktuell durch die Auswirkungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes mit der steigenden EEG-Umlage anmutet. Dann erscheint schnell der Staat der Verursacher von Energiearmut zu sein. Eventuell ist dies auch ein Grund dafür, dass Projekte zur Einsparung von Energie aktuell so stark gefördert werden.

Wer sind also die im sozialpolitischen Sinne „verletzlichen Verbraucher“ und wie viele verletzte Verbraucher gibt es? Dies genauer zu bestimmen, hat nicht zuletzt die Europäische Kommission 2007 den europäischen Staaten zur Aufgabe gemacht (Boardman 1991, 227). Warum dies möglicherweise so schwierig ist, wird deutlich, wenn man die Einflussvariablen auf die Energiearmut betrachtet.

3 Dimensionen – Wirkungsvariablen auf Energiearmut

Ob ein Haushalt von Energiearmut betroffen oder bedroht ist, hängt von einer Vielzahl von Variablen ab. Insofern gibt es auch mehrere Dimensionen, die als Interventionsbereiche zur Verringerung oder Vermeidung von Energiearmut in Betracht kommen. In der folgenden Tabelle sind die wichtigsten Einflussfaktoren aufgeführt.

Dimensionen	Merkmalbeispiele
Einkommenshöhe und Einkommensarten	<ul style="list-style-type: none"> ■ Arbeitseinkommen ■ Transfereinkommen ■ sonstige Einkommen (z. B. Renten)
Höhe der Energieausgaben	<ul style="list-style-type: none"> ■ Stromkosten ■ Kosten der Raumwärme
Merkmale der Wohnung	Größe, Baujahr, Dämmung, Gebäudetyp sowie Lage der Wohnung im Haus
Merkmale der Wohnungsausstattung	Anzahl, Alter und Merkmale der elektrischen Verbraucher
Merkmale der Haushaltsbewohner	Anzahl, Alter, Bildung und Berufstätigkeit
Energieverbrauchsverhalten	<ul style="list-style-type: none"> ■ Nutzung technischer Einsparmöglichkeiten, ■ Einsparmöglichkeiten durch Verhaltensänderungen
Persönliche Nutzung von Beratungs- und Informationseinrichtungen zur Reduktion von Energiekosten	<ul style="list-style-type: none"> ■ Verbraucherzentrale ■ Beratungsangebote der Energieanbieter ■ Energiekostencheck (Internet) ■ Mietervereine

Ganz ohne Zweifel ist bei von Energiearmut betroffenen Haushalten die Relation zwischen der Höhe des Einkommens und der Höhe der Energieausgaben soweit gestört, dass das zur Verfügung stehende Resteinkommen nicht zur

angemessenen Bestreitung des Lebensunterhalts ausreicht. Handelt es sich beim Einkommen um Transfereinkommen, wird dabei ein Teil der Energiekosten von den jeweiligen Sozialleistungsträgern übernommen. Bei niedrigen Arbeitseinkommen ohne einen Anspruch auf Sozialleistungen wirken sich hohe Energiekosten besonders problematisch aus, da einerseits diese Einkommen in den vergangenen Jahren, wenn überhaupt, dann kaum gestiegen sind. Andererseits sind die Betroffenen von ergänzenden Leistungen der Solidargemeinschaft ausgeschlossen.

Bezüglich der Höhe der Energieausgaben fokussiert sich derzeit die politische Debatte im Wesentlichen auf die Höhe der Stromkosten und eher am Rande auf die Höhe der Kosten für die Raumwärme. Wenngleich sowohl das Einkommen als auch die Energiekosten für die Entstehung von Energiearmut verantwortlich sind, wird die mögliche Interventionsstrategie „Erhöhung des Einkommens“ kaum diskutiert. Vielmehr geht es fast ausschließlich um den Aspekt der Verringerung der Energieausgaben. Dieses Geschehen ist jedoch komplex und die mit den Energieausgaben im Zusammenhang stehenden Merkmale und Variablen sind zahlreich.

3.1 Merkmale der Wohnung

Bezüglich der Merkmale der Wohnung sind die relevanten Einflussgrößen die Größe der Wohnung (mit der Größe steigen tendenziell die Kosten für die Raumwärmeerzeugung), das Baujahr (je älter die Wohnung, umso höher tendenziell die Kosten), die Dämmung (je aufwändiger gedämmt, umso geringer die Kosten), der Gebäudetyp (Ein- oder Mehrfamilienhaus) sowie die Lage der Wohnung im Haus. Diese Einflussgrößen wirken jedoch nicht automatisch, sondern jeweils nur im Zusammenspiel der tatsächlichen Gegebenheiten in den einzelnen Fällen. So kann eine ältere und größere Wohnung in einem neu renovierten Einfamilienhaus durchaus geringere Heizkosten verursachen als eine vergleichbar große Wohnung in einem „mittelalten“ Haus ohne eine Wärmedämmung nach dem aktuellen Standard. Wie wichtig die Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls ist, verdeutlichen Untersuchungsergebnisse, wonach der Heizenergiebedarf in einer Dachgeschosswohnung in einem Mehrfamilienhaus um bis zu 47 Prozent höher ist als bei einer gleich großen innen liegenden Wohnung (Dünnhoff et al. 2006, 10).

3.2 Merkmale der Wohnungsausstattung

Bezüglich der Merkmale der Wohnungsausstattung sind es in erster Linie die Anzahl, das Alter und die Merkmale der elektrischen Verbraucher, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Energieausgaben haben. So lassen sich zum Beispiel durch den Austausch eines alten Kühlschranks durch ein neues und energiesparendes Gerät bis zu 70 Prozent der Stromkosten sparen (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung – DIW Berlin 2012, 12).

3.3 Merkmale der Haushaltsbewohner

Zu den Merkmalen der Haushaltsbewohner können die Anzahl, das Alter, der Bildungsstand und die Berufstätigkeit gezählt werden. Hier ist es wieder die Kombination der einzelnen Aspekte, die einen wichtigen Einfluss auf den Energieverbrauch haben. So haben gut ausgebildete Berufstätige einen grundsätzlichen strategischen Vorteil, weil sie zum Beispiel die Einsparwirkungen der Absenkung der Raumtemperatur eher kennen und die Raumtemperatur während der beruflichen Abwesenheit in der Wohnung gezielt senken können. Dieselbe Person erhöht nahezu zwangsläufig die Raumwärmekosten während einer Phase der Arbeitslosigkeit, weil während der verlängerten Verbleibszeit in der Wohnung die Raumwärme nicht so stark und vor allem nicht über einen so langen Zeitraum abgesenkt werden kann.

3.4 Energieverbrauchsverhalten

Das Energieverbrauchsverhalten ist der klassische Interventionsbereich zur Senkung der Energiekosten. So erhofft man, durch die Nutzung technischer Einsparmöglichkeiten (Steckerleisten bei Stromverbrauchern, Abschaltung von Stand-by-Energieverbräuchen) und durch Verhaltensänderungen (Absenkung der Raumtemperatur, Licht ausschalten in aktuell nicht genutzten Wohnräumen) den Energieverbrauch zu senken. Aber auch hier sind die Wirkprozesse für tatsächliches Einsparverhalten sehr komplex (vgl. Krömker und Dehmel 2010). Alleinige Appelle „das Verhalten zu ändern“ um relevante Einsparungen zu erreichen, genügen hier nicht.

Bereits diese kurze Zusammenstellung zeigt, wie komplex das Zusammenspiel der unterschiedlichsten Variablen für die Energiekosten ist. Die Möglichkeiten, die Kosten sowohl in wirksamem Ausmaß als auch nachhaltig zu senken, sind daher immer im Einzelfall zu betrachten.

4 Verbreitung von Energiearmut

Wie weit Energiearmut verbreitet ist, darüber gibt es in Deutschland so gut wie keine verlässlichen Angaben, da hier die Forschungen noch am Anfang steht (Mayer 2013). Die Forschungstradition zur Energiearmut ist in Großbritannien, Frankreich und Österreich wesentlich weiter fortgeschritten. So werden in Großbritannien jährlich Schätzungen über die Zahl energiearmer Haushalte veröffentlicht. In Großbritannien ist mittlerweile auch eine Abkehr von der statischen 10 Prozent-Definition zu Gunsten des „Low-Income-High-Costs“ (LIHC)-Indikators erkennbar. Demnach sind Haushalte dann energiearm, wenn sie unterhalb einer bestimmten Einkommensschwelle liegen und gleichzeitig Energiekosten oberhalb eines Schwellenwerts aufweisen (Hills 2012).

Bei diesen Ansätzen bleibt systembedingt zunächst einmal unberücksichtigt, ob die als energiearm eingestuften Haushalte tatsächlich auch unter den hohen Energiekosten leiden in dem Sinne, dass sie nicht in der Lage sind, ihre Wohnung ausreichend zu heizen und Probleme mit der Begleichung der Stromkosten haben. Insofern gibt es bislang in Deutschland einen eher pragmatischen und nahezu ausschließlich auf die Stromkosten bezogenen Zugang zu der Frage, ob Energiearmut vorliegt.

In Deutschland werden die jährlichen Kosten für die Stromversorgung klassischerweise über monatliche Abschlagszahlungen an die Energieversorger vorfinanziert. Danach wird im Jahresrhythmus eine Endabrechnung mit entsprechenden Rück- bzw. Nachzahlungen erstellt. Sowohl bei den Abschlagszahlungen als auch bei den Nachzahlungen können Forderungen entstehen, die die Haushalte nicht begleichen können. Liegen diese Forderungen ober-

halb des aktuellen Schwellenwerts von 100 Euro, sind Androhungen von Stromsperrungen durch die Energieversorger möglich. Mit Ablauf einer angemessenen Frist kann es dann zu Stromsperrungen kommen.

Diese Hürden können grundsätzlich dazu genutzt werden, um die Zahl der von Energiearmut bedrohten oder betroffenen Haushalte und/oder Personen zu schätzen. So haben die Energieversorgungsunternehmen in NRW nach einer Untersuchung der Verbraucherzentrale NRW im Jahr 2010 rund drei Millionen Mahnungen wegen nicht bezahlter Energierechnungen verschickt. Nach 343.000 Sperrandrohungen war es in 62.000 Fällen tatsächlich zu einer Energiesperre gekommen. „Insgesamt waren in Nordrhein-Westfalen hochgerechnet auf alle Grundversorger circa 120.000 Stromsperrungen verhängt worden. Auf Basis einer linearen Hochrechnung der NRW-Daten war in 2010 in Deutschland etwa 600.000 Mal die Stromversorgung gekappt worden“ (Verbraucherzentrale NRW 2013, 3).

„Für ihren „Monitoringbericht 2012“ hat die Bundesnetzagentur 2012 alle Lieferanten und Netzbetreiber nach Versorgungsunterbrechungen befragt. Sie hat ermittelt, dass 6.075.433 Mahnverfahren 2011 durchgeführt wurden, in denen die Energieversorger angekündigt haben, den Strom zu kappen. 1.255.146 Stromsperrungen wurden mit konkretem Datum angekündigt, die zu 312.059 tatsächlichen Stromsperrungen geführt haben“ (Verbraucherzentrale NRW 2013, 4; Bundesnetzagentur 2013, 124).

Das Wissen über das Ausmaß der Betroffenheit von Energiearmut ist somit bereits im Energiebereich „Strom“ lückenhaft. Was die Energiearmut bezüglich der Erzeugung von Raumwärme angeht, sind uns bislang keinerlei Studien bekannt, die das Ausmaß an Energiearmut genauer und repräsentativ untersuchen.

5 Energiearmut: Interventionsstrategien

Die meisten Interventionsstrategien zur Vermeidung von Energiearmut setzen an den Stromkosten und dem Energieverbrauchsverhalten vor allem bezogen auf Stromverbraucher und die Raumwärme an. Hierzu gehören zum Beispiel Prepaid-Zähler, Smart-Meter, Contracting-Modelle für Kühlgeräte sowie der Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte (Caritas).

5.1 Prepaid-Zähler

Prepaid-Zähler sind spezielle Stromzähler, die vom Verbraucher mit einem Guthaben aufgeladen und bei denen dieses Guthaben dann im Zeitverlauf verbraucht werden kann. Das Prepaid-Prinzip ist bei rund 40 Millionen Prepaid-Handys allein in Deutschland weit verbreitet. In Großbritannien gibt es rund 3,4 Millionen Prepaid-Stromzähler und rund 2,1 Millionen Prepaid-Gaszähler (Kopatz 2013, S. 173). Mit Prepaid-Zählern wird vor allem erreicht, dass Zahlungsrückstände und Zusatzkosten durch Mahngebühren und die Sperrung und Wiederanschaltung der Stromversorgung gar nicht erst entstehen. Damit handelt es sich um eine rein technische Lösung, die eher im Nebeneffekt zu einer Senkung des Stromverbrauchs führen können. Insofern ist eine flankierende Beratung zur nachhaltigen Senkung der Stromkosten notwendig (Verbraucherzentrale NRW 2013). Der Einsatz von „intelligente(n) Stromzähler(n) mit Prepaid-Funktion“ (CDU, CSU, SPD 2013, 126) wird im neuen Koalitionsvertrag als ein Instrumentarium zum Schutz vor Strom- und Gassperren genannt.

5.2 Smart-Meter

Bei Smart-Metern handelt es sich ebenfalls um spezielle Stromzähler, die über eine Vielzahl von Zusatzfunktionen, etwa eine automatische Ablesefunktion für die Energieversorgungsunternehmen, verfügen können. Grundsätzlich ist mit Smart-Metern auch eine genaue zeitliche und summarische Rückmeldung über die Stromverbräuche für die Verbraucher möglich. Hierdurch sind genauere Analysen der Verbraucher über das Stromverbrauchsverhalten und die

Verbräuche von einzelnen Haushalts-Stromverbraucher denkbar, womit dann auch detaillierte Informationen für Verhaltensänderungen vorliegen. Wenngleich es in Deutschland bislang nur Pilotprojekte zum Einsparvolumen durch den Einsatz von Smart-Metern gibt, wird bei Kopatz (2013, 198) über Einsparvolumina von 5 bis 10 Prozent nach der Umstellung von normalen Stromzählern auf Smart-Meter mit Vorkassefunktion berichtet. Nicht zuletzt sind es in Deutschland jedoch Datenschutz- sowie Kostenaspekte, die den Einsatz und die Akzeptanz von Smart-Metern beim Kunden beeinträchtigen.

5.3 Contracting-Modelle für Kühlgeräte

Kühlschränke gehören zu den größten Stromverbrauchern in Privathaushalten. Gleichzeitig lässt sich beispielsweise durch den Austausch eines alten Kühlschranks durch ein neues und energiesparendes Gerät bis zu 70 Prozent der Stromkosten für ein Kühlgerät sparen (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung – DIW Berlin 2012, 12). Da jedoch für einkommensschwache Haushalte der Ankauf eines Neugeräts häufig nicht möglich ist, wird über das Instrumentarium des Contracting diese Ausgabe in einzelnen Stadtwerken (zum Beispiel Wuppertal) unterstützt. Dabei stellen die Stadtwerke oder auch weitere Kooperationspartner den in Frage kommenden Haushalten energiesparende Geräte zur Verfügung. Die Investitionskosten werden dann beispielsweise über kleine monatliche Raten abgezahlt, sodass diese Kosten über die Einsparungen amortisiert werden (vgl. Verbraucherzentrale NRW 2012).

5.4 Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte (Caritas)

In dem seit 2009 laufenden Kooperationsprojekt werden vormals Langzeitarbeitslose zu Energiesparberatern qualifiziert, die dann einkommensschwache Haushalte (Bezieher von ALG II, Sozialhilfe, Wohngeld) aufsuchen und in mehreren Beratungsgesprächen Energiesparpotenziale erläutern. Dabei erhalten die Beratenen eine Grundausstattung an Stromspar-Soforthilfen (Energiesparlampen, schaltbare Steckdosenleisten, Strahlregler für Wasserhähne usw.), deren Funktion von den Beratern erläutert und die auch gleich im Haushalt montiert werden. Gemäß einer umfassenden Evaluation durch die Freie Uni-

versität Berlin (Tews 2012) werden dabei rund 16 Prozent weniger Strom verbraucht und jährlich somit 87 Euro pro Haushalt eingespart (Tews 2012 3, 99).

Alle vorgenannten Interventionsmaßnahmen haben ihre Wirkungen bezüglich einer Reduktion des Energieverbrauchs und damit der Ausgaben für Energie jeweils in größerem oder kleinerem Maßstab nachgewiesen. Dennoch ist nach wie vor unklar, ob und vor allem welchen Betrag die Interventionsmaßnahmen für eine nachhaltige Verringerung von Energiearmut leisten.

6 Verbreitung von Energiearmut

Am Ende muss man konstatieren, dass die Verbreitung von Energiearmut nach wie vor unbekannt ist. Im Wesentlichen liegt dies an der fehlenden Definition des Begriffs „Energiearmut“. Eine solche Definition müsste einerseits die von Energiearmut Betroffenen sicher identifizieren, um dann zielgerichtete Hilfsangebote platzieren zu können und andererseits müsste eine Definition für die Prüfung geeignet sein, welche Interventionsmaßnahmen den größten Beitrag zur Reduktion von Energiearmut leisten. Aus der sozialpolitischen Perspektive wäre dann auch feststellbar, wer die „verletzlichen Verbraucher“ sind, wie viele es davon gibt und ob diese Form der Verletzlichkeit im Zeitverlauf eher zu- oder abnimmt.

7 Handlungsempfehlungen an verbraucherpolitische Akteure

Zuvor wurde in diesem Beitrag dargelegt, dass eine ganze Reihe von Wirkungsvariablen einen Einfluss darauf hat, ob ein Haushalt wahrscheinlich von Energiearmut betroffen ist. Darüber hinaus skizzieren die Variablen auch die Ansatzpunkte zur Verringerung von Energiearmut. Bislang fehlen jedoch die Informationen darüber, welche Variablen hier einen großen Einfluss und welche Variablen einen eher geringen Einfluss haben. Dies liegt vor allem daran, dass keine empirischen Daten vorliegen, die die genannten Wirkungsvariablen vollständig beinhalten. Ein solcher Datensatz wäre dringend notwendig, um die skizzierten Zusammenhänge und Abhängigkeiten untersuchen zu können. Insofern wäre der Aufbau eines geeigneten Datensatzes aus der Forschungsperspektive ein wichtiger erster Ansatzpunkt. Ein solcher Datensatz könnte dann in einem zweiten Schritt zur Evaluation von Interventionsmaßnahmen und der Bestimmung von Netto-Effekten der Interventionen verwendet werden, indem die Energieverbräuche und die Energiekosten von Teilnehmern an Interventionsmaßnahmen verglichen werden mit denen von Nicht-Teilnehmern.

Insgesamt ließe sich so das Phänomen Energiearmut genauer bestimmen, es könnten auf der Grundlage der jeweiligen Rahmenbedingungen haushaltsspezifisch geeignete Interventionsmaßnahmen ausgewählt werden und so das Ausmaß an Energiearmut sowohl auf der Haushaltsebene als auch auf der volkswirtschaftlichen Ebene verringert werden.

Literatur

- Boardman, B. 1991. *Fuel Poverty: From Cold Homes to Affordable Warmth*. London: Belhaven Press.
- Bundesnetzagentur. 2013. *Monitoringbericht 2012*. Bonn.
<http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Allge->

- meines/Bundesnetzagentur/Publikationen/Berichte/2012/MonitoringBericht2012.pdf?__blob=publicationFile.
- CDU, CSU, SPD. 2013. *Deutschlands Zukunft gestalten – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode.*
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung - DIW Berlin. 2012. Soziale Härten bei der EEG-Umlage vermeiden. *DIW Wochenbericht*, 41.
- Dünnhoff, E., I. Stieß und C. Hoppenbrock. 2006. *Sondierungsprojekt: Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz.* Heidelberg und Frankfurt am Main: ifeu/ISOE.
http://www.ifeu.org/energie/pdf/ifeu_ISOE_Bericht_20_11_2006_fin.pdf.
- Hills, J. 2012. Getting the measure of fuel poverty. In: *Final Report of the Fuel Poverty Review.* London: Departement of Energy and Climate Change.
- Kopatz, M. 2013. *Energiewende – aber fair! Wie sich die Energiezukunft sozial tragfähig gestalten lässt.* München: oekom.
- Kopatz, M., M. Spitzer und A. Christanell. 2010. Energiearmut: Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte. *Wuppertal Papers Nr. 184.*
- Krömker, D. und C. Dehmel. 2010. Einflussgrößen auf das Stromsparen im Haushalt aus psychologischer Perspektive. *Transponse Working Paper No 6.*
- Mayer, I. 2013. Energiearmut: Der weiße Fleck in der deutschen Forschungslandschaft. *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 63, Nr. 6: 61-63.
- Tews, K. 2012. Evaluierung des Projektes „Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte“. Ergebnisse zur erzielten Energieeinsparung/ Klimawirkung in Phase 1 und 2 (2008-2010). Präsentiert auf der 2. Sitzung des Beirats Stromspar-Check am 24.10.2012 im BNU, Berlin. Forschungszentrum für Umweltpolitik/FU Berlin. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Berlin, 24.10.2012. http://www.stromspar-check.de/index.php?eID=tx_nawsecured1&u=0 &file=fileadmin%2FInternbereich%2FDownloads%2FAnleitungen_und_Arbeitshilfen%2FEvaluation_Stromspar-Check__2008-2010_-_Praesentation_.pdf&t=1387012293&hash=d8a76b01750c53058355430doe586c75.
- Verbraucherzentrale NRW. 2012. Positionspapier der Verbraucherzentrale NRW zu Fördermodellen zum Kühltischtausch.
<http://www.vz-nrw.de/NOSES/BWF4454A/media218313A>
- , 2013. Dossier Energiearmut: Energiearmut bekämpfen, Daseinsvorsorge sichern. <http://www.vz-nrw.de/dossier-energiearmut>.

Impressum

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e. V.
Mintropstraße 27, 40215 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 38 09-0, Telefax: (02 11) 38 09-235
www.vz-nrw.de

Die „Beiträge zur Verbraucherforschung“ werden von Dr. Christian Bala (für das Kompetenzzentrum Verbraucherforschung NRW) und Klaus Müller (für die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e. V.) herausgegeben.

Das KVF NRW ist ein Kooperationsprojekt der Verbraucherzentrale NRW e. V. mit dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) und dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung (MIWF) des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die in diesem Band versammelten Beiträge geben die Meinung und die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Autorinnen und Autoren wieder und müssen nicht mit den Meinungen und Positionen des KVF NRW, der Verbraucherzentrale NRW e. V., des MKULNV und des MIWF übereinstimmen.

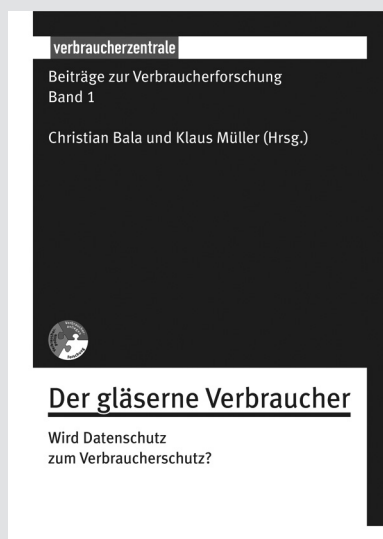
Kontakt: Kompetenzzentrum Verbraucherforschung NRW (KVF NRW)
der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e. V.
Mintropstraße 27, 40215 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 38 09-0
E-Mail: verbraucherforschung@vz-nrw.de
www.verbraucherforschung-nrw.de

Lektorat: Heike Plank, www.plankundschoening.de
Gestaltung: punkt8, Braunwald+Walter GbR, www.punkt8-berlin.de
Druck: AALEXX Buchproduktion GmbH, Großburgwedel

Redaktionsschluss: Februar 2014

Die neue Schriftenreihe „**Beiträge zur Verbraucherforschung**“ startet mit sechs Beiträgen zu den Themen:

Konsum und Überwachung | Die Privatsphäre des Verbrauchers – ein Luxusgut?
| Datenschutz und Cloud Computing aus Verbrauchersicht | Smart Meter: Strom sparen – Daten verschwenden? | Der gläserne Patient – Chance oder Risiko? | Bitcoin – Anonym Einkaufen im Internet?



1. Auflage 2014, 128 Seiten,
€ 24,90 (Print), €19,99 (E-Book | PDF)

www.vz-ratgeber.de | www.verbraucherforschung-nrw.de